



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **2 1 - V - 0 2 - 0 0 0 4**
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) II

Erfüllung des Konsortialvertrages

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

| | | |
|-------------------------------------|---|---|
| Personal- und Organisationsamt | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| Kämmerei | reine Personalvorlage <input type="radio"/> | → s. unten <input checked="" type="radio"/> |
| Rechtsamt | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| Umweltamt: Umweltprüfung | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| Frauenbeauftragte nach - dem HGIG | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| - der HGO | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| Straßenverkehrsbehörde | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| Projekt-/Bauinvestitionscontrolling | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| Sonstige: | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

| | | | |
|----|---------------------------------------|---|---|
| a) | Ortsbeirat | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| | Kommission | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| | Ausländerbeirat | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| b) | Seniorenbeirat | nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/> | erforderlich <input type="radio"/> |
| | Magistrat | Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/> | Tagesordnung B <input type="radio"/> |
| | Eingangsstempel Büro des Magistrats | Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/> | |
| | Stadtverordnetenversammlung Ausschuss | nicht erforderlich <input type="radio"/> | erforderlich <input checked="" type="radio"/> |
| | Eingangsstempel Amt 16 | öffentlich <input checked="" type="radio"/> | nicht öffentlich <input type="radio"/> |

wird im Internet/PIWI veröffentlicht

Bestätigung Dezernent

Dr. Franz
Bürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
- Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
- siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind keine finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 1.302.220,94 €
 in %: 2,7 %

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

| IM | CO | Jahr | Bezeichnung | Gesamtkosten in € | darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in € | Finanzierung (Sperr, Ertrag) in € | Kontierung (Objekt) | Kontierung (Konto) | Bezeichnung |
|--------------------------------|----|------|--|-------------------|------------------------------------|-----------------------------------|---------------------|--------------------|-------------|
| | x | 2022 | Gutachten-erstellung (juristisch und medizinisch) inkl. USt. | 71.400 | 71.400 | | | | |
| | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | |
| Summe einmalige Kosten: | | | | 71.400 | 71.400 | | | | |

| | | | | | | | | | |
|---------------------------|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | |
| Summe Folgekosten: | | | | | | | | | |

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

Die Kosten i. H. v. 71.400 € setzen sich wie folgt zusammen:
 48.000 € zzgl. USt. (9.120 €) = 57.120 € (medizinisches Gutachten)
 12.000 € zzgl. USt. (2.280 €) = 14.280 € (juristisches Gutachten)

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein Pflichtfeld.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Beschäftigung hat sich unter anderem in seiner Sitzung am 6. Juli 2021 mit der Situation der Kinderklinik der HSK auseinandergesetzt. In dieser Sitzung hat der Ausschuss seinen Auftrag vom 24. Februar 2021 zur Überprüfung der medizinischen Situation präzisiert. Der Magistrat/EGW wurde beauftragt, dem Ausschuss eine Kalkulation der erforderlichen finanziellen Mittel für die Erstellung eines externen Gutachtens vorzulegen.

Anlagen:

Bewertung der Angebote „medizinische Prüfung“

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1. der Magistrat/EGW von dem Ausschuss für Wirtschaft und Beschäftigung beauftragt wurde, ein externes Gutachten erstellen zu lassen mit dem Ziel, einen Soll-/Ist-Vergleich der Leistungen, die nach dem Konsortialvertrag an der HSK angeboten werden, mit besonderem Augenmerk auf die Kinderklinik zu überprüfen;
 - 1.2. der Magistrat/EGW von dem Ausschuss für Wirtschaft und Beschäftigung beauftragt wurde, ein unabhängiges juristisches Gutachten erstellen zu lassen. Dieses soll überprüfen, ob die rechtlichen Verpflichtungen gemäß den getroffenen vertraglichen Vereinbarungen, welche im Konsortialvertrag mit dem Klinikbetreiber festgeschrieben und in Ergänzungs- und Zustimmungsvereinbarungen niedergelegt wurden, auch erfüllt worden sind;
 - 1.3. dem Magistrat/EGW die in der Anlage aufgeführten Angebote zur Überprüfung der Einhaltung/Erfüllung des Konsortialvertrages unterbreitet wurden;
 - 1.4. die Bewertung der Angebote „medizinische Prüfung“ auf Basis des in der Anlage dargestellten Vergleichs vorgenommen wurde, aus welchem der Anbieter „consus clinicmanagement“ als Favorit hervorgeht.
2. Es wird beschlossen, dass
 - 2.1. für den medizinischen Teil der Prüfung die „consus clinicmanagement“ für 48.000,- € zzgl. USt. und für den rechtlichen Teil der Prüfung die „Luther Rechtsanwalts-gesellschaft mbH“ für 12.000,- € zzgl. USt. im Rahmen der bestehenden Mandats- und Vergütungsvereinbarung beauftragt wird;
 - 2.2. der erforderliche Gesamtbetrag für die Erstellung des Gutachtens in Höhe von 60.000,- € zzgl. USt. der EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH aus Mitteln der allgemeinen Finanzwirtschaft zur Verfügung gestellt wird.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 7. Dezember 2021



Dr. Franz
Bürgermeister